



## An die Streitparteien in der Sache

# Flüchtlinge vs. Zuwanderung

## Vorschlag zur außergerichtlichen Einigung

Die Streitparteien vertreten gegeneinander zwei sehr unterschiedliche Fragestellungen, die zu sehr unterschiedlichen Antworten führen. Beide Fragestellungen sind falsch, die möglichen Antworten ebenfalls.

Weil das so ist, hilft alles Diskutieren über diese Antworten nicht weiter. Daher schlage ich vor, sich zunächst auf eine neue Fragestellung zu einigen, der beide Seiten zustimmen können und die möglichst alle Aspekte der Problematik abdeckt.

### **Begründung:**

**Die eine falsche Fragestellung lautet: Ginge es uns in Deutschland besser, wenn wir keine oder sehr viel weniger oder nur Asylberechtigte und berechtigt Schutzsuchende aufgenommen hätten?**

Auf diese Frage gibt es – seit selbst bei der Regierung die Einsicht angekommen ist, dass eben nicht nur hochqualifizierte Facharbeiter und Spezialisten gekommen sind – im Grunde nur Antworten, die auf „ja“ lauten, aber wegen der falschen Fragestellung ebenfalls nur falsch sein können.

Das beginnt beim „Ja“ wegen der immensen Kosten, die durch die Flüchtlinge verursacht werden und es endet beim „Ja“ wegen der Kriminalstatistiken, die letztlich aussagen, dass die Flüchtlinge die Zahl der Straftaten um 50 Prozent in die Höhe getrieben haben.

(Das mit dem Prozentrechnen ist nämlich so eine Sache: Wenn der Anteil der Straftaten der Flüchtlinge quer über alle Delikte bei etwa einem Drittel liegt. Dann wären es ohne die Flüchtlinge nur zwei Drittel. Das dritte Drittel ist also eine Steigerung um 50 Prozent. )



Falsch gestellt ist diese Frage, weil sie nicht auf einen Ausgleich der Interessen abzielt, sondern ausschließlich aus dem Egoismus erwächst, dem immer eine Verteidigungshaltung und die Neigung zu „Präventivschlägen“ innewohnt.

**Die andere falsche Fragestellung lautet: Wieso wird so massiv gegen Flüchtlinge polemisiert und agitiert, wenn doch klar ist, dass jeder Mensch ein Recht hat, sein Glück zu suchen?**

Auf diese Frage gibt es immerhin zwei Antworten. Die erste – und von jenen, die diese Fragestellung bevorzugen, meistgenannte – Antwort lautet: „Weil diejenigen, die gegen Flüchtlinge sind, vorurteilsbeladene Rassisten sind, dunkel-deutsches Pack! Ohne Herz, nur auf den eigenen Vorteil bedacht, echte Nazis halt! Die müssen ausgerottet werden, damit es uns in Deutschland gutgeht.“

Die zweite Antwort, die nicht minder falsch ist, lautet: „Stimmt ja gar nicht. Wir haben ja nichts gegen Flüchtlinge, aber es sind eben nicht alles Flüchtlinge, und die meisten kommen ja nur, weil unser Sozialstaat sie mit Wohltaten überschüttet, während an der eigenen Bevölkerung gespart wird. Dagegen sind wir.“

Die Fragestellung, die zu diesen Antworten führt, ist falsch, weil sie absolut einseitig auf das Wohlergehen der Flüchtlinge abzielt und keinerlei konkurrierende Interessen der eingesessenen Bevölkerung gelten lässt.

## **Lösungssuche:**

**Was aber wäre die richtige Fragestellung, die es ermöglichen würde, zu einer gemeinsamen Antwort zu gelangen, welche zugleich den Handlungsrahmen für die Zukunft vorgeben würde?**

Diese Frage zu finden, bedarf einiger Anstrengungen. Ja, es ist noch nicht einmal einfach, festzulegen, wer denn gefragt werden sollte.



Nach unserem Grundgesetz leben wir in einer Demokratie. Zu fragen wären also alle wahlberechtigten Deutschen. Unsere demokratische Willensbildung ist allerdings schon weitgehend von der EU beeinflusst, sollten wir also alle EU-Bürger fragen?

Oder geht es einfacher? Kann man den Europäischen Gerichtshof um eine Antwort bitten, kann man sich an die UN-Vollversammlung in New York wenden, oder doch an die Bundesregierung oder an den Bundestag?

Ob es gelingen kann, eine Frage zu formulieren, die von allen hier angeführten möglichen „Entscheidern“ gleich beantwortet würde?

Es müsste eine „salomonische“ Antwort sein, eine Antwort von allergrößter Weisheit mit Ewigkeitsgültigkeit, auf die sich alle verständigen könnten. Doch mit welcher Fragestellung ließe sich eine solche Antwort hervorrufen?

### **Immanuel Kant**

hat uns in seiner Weisheit den „Kategorischen Imperativ“ mit auf den Weg gegeben, doch zeigt sich in dieser Frage, dass ein Handeln, das Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnte, sowohl in eine strikte Haltung der Verteidigung von „Gewohnheiten, Werten und, nicht zu vergessen, Besitzständen“ führen könnte als auch in eine Haltung, die von striktem Altruismus geprägt ist. Klar, die gesamte Rechtsordnung müsste sich dem jeweils gewählten Prinzip anpassen – und das könnte auch gelingen, wenn sich dafür die notwendige Akzeptanz bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung finden ließe. Gibt es diese Mehrheit nicht, scheitert der Kategorische Imperativ daran, dass nicht der weise Salomon sondern die weit weniger weise und unter sich zerstrittene Mehrheit der Wahlberechtigten zu einer Entscheidung finden müsste. Das – und das beweisen die aktuellen Zustände im Lande – ist offenbar nicht möglich.

Wenn aber die Ratschläge eines von vielen geschätzten Philosophen nicht weiterhelfen, weil sie einen Idealzustand voraussetzen, der zwar denkbar, aber offenbar nicht herstellbar ist, sieht es so aus, als sei die Lebenswirklichkeit jener Aspekt, auf den hin die Frage zu formulieren wäre – und die Adressaten der



Frage, das müssen alle sein, die mit der gemeinsamen Antwort, die sie geben, einverstanden sein sollen.

### **Das christliche Abendland**

baut seinen Wertekanon auf dem auf, was die Evangelisten vom Wirken Jesu überliefert haben. Eines der mächtigsten Worte aus dieser Überlieferung lautet: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“.

Doch es bedarf keiner großen intellektuellen Anstrengung, um herauszufinden, dass Jesus und Kant letztlich den gleichen Auftrag erteilen, der auf dem Ideal aufsetzt, dass sich alle Menschen unterschiedslos danach richten würden, was offensichtlich unerreichbar ist. Es genügt doch ein einziger, der sich selbst mehr liebt als seine(n) Nächsten, um ihm zur Errichtung einer Diktatur der Weltherrschaft zu verhelfen. Der Konflikt liegt in der Definition des Nächsten.

Liebe ich meine Frau, mein Kind, wie mich selbst, dann muss ich meine Frau und mein Kind gegen jeden Angriff auf Leib, Leben und Eigentum verteidigen.

Liebe ich den Angreifer wie mich selbst, muss ich mich dann gegen Frau und Kind entscheiden? Oder muss ich mich selbst so viel weniger lieben, dass ich Angreifer, Frau und Kind und mich selbst auf den gleichen Liebes-Level herunterbringe. Dass aus Liebe also Gleichgültigkeit oder gar Hass werden muss, um dieses „wie dich selbst“ bewerkstelligen zu können?

Es ist offenkundig, auch diese Anleitung, so schön sie klingt und so sehr sie im ganz kleinen Kreis von Vertrauten auch umsetzbar sein mag, sie ist mit der Lebenswirklichkeit nicht vereinbar.

### **Nähe und Distanz**

Allerdings gibt es zwischen den Worten einen versteckten Hinweis in der christlichen Botschaft der Nächstenliebe, der hilfreich sein könnte, und das ist der Hinweis auf die – zwar nicht quantifizierte – Möglichkeit, zwischen sich und anderen „Distanz“ zu wahren, sie also gar nicht zu „Nächsten“ werden zu lassen.



Folgen wir diesem Hinweis, geraten wir mitten hinein in die Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft. Es tun sich Abgründe an Distanzen auf. Die einen holen sich Lebensmittel bei den Tafeln, die anderen tafeln auf Geschäftskosten in den Restaurants der Sterneköche. Die einen kämpfen gegen das rechte Pack, die anderen gegen die Linksgrünversifften. Die einen laufen in die Kirchen, die anderen in die Nachtlokale. Die einen brechen in Wohnungen ein, die anderen versuchen Einbrecher und Diebe zu verhaften. Die einen glauben der Tageschau, die anderen reichen eine Programmbeschwerde nach der anderen ein.

Jeder mag an dieser Stelle das Lesen kurz unterbrechen und über seine eigenen Nähen und Distanzen nachdenken. Jeder mag sich fragen: Wen halte ich auf Distanz, von wem werde ich auf Distanz gehalten? Wer sucht meine Nähe, wessen Nähe suche ich?

---

Es genügen meist fünf Minuten, um sich klar zu machen, dass das Schaffen von Distanzen die einzige Möglichkeit ist, um ein einigermaßen friedvolles Leben zu führen. Die Konflikte, die sich aus der Nähe zu den Nächsten und den Nachbarn ergeben, reichen vollends aus, um den Adrenalinspiegel nicht ins Bodenlose sinken zu lassen.

Doch das, was sich in fünf Minuten ins Bewusstsein schiebt, ist nur die Spitze des Eisberges dessen, was sich in einem Leben an „Distanzerlebnissen“ angesammelt hat. War es nicht schon im Kindergarten, in der Grundschule so, dass erst unbewusst, später gezielt, Distanzen aufgebaut wurden, haben wir nicht alle irgendwann zwischen Pubertät und Adoleszenz die Nähe zu den Eltern durch Distanz ersetzt, uns „abgenabelt“ und sind wir durch dieses Abnabeln, nicht erst frei geworden, die Nähe zu unseren Eltern wieder herzustellen, jedoch nicht mehr als Abhängige, sondern auf gleicher Augenhöhe?

Haben wir nicht immer, jeder für sich selbst, in unserem Umfeld Wahlen getroffen und damit die Distanzen zu unseren Mitmenschen bestimmt?



Könnte es sein, dass eine für alle befriedigende Antwort dann denkbar wäre, wenn wir eine Frage stellen, die um das Thema „Distanz“ kreist?

Zum Beispiel so:

**Wie kann das Zusammenleben auf relativ engem Raum so geregelt werden, dass die individuellen Bedürfnisse nach Nähe und Distanz aller Einwohner befriedigt werden können?**

Die Anforderung, die in dieser Frage steckt, ist zu hoch angesetzt. Das *kann* nicht geregelt werden. Selbst wenn es möglich wäre, alle „Nähe-Gruppierungen“ im Wohnumfeld zusammenzufassen und gegen andere „Nähe-Gruppierungen“ nach dem jeweiligen Distanzbedarf voneinander zu isolieren, was allerdings einer gigantischen Völkerwanderung bedürfte und das Möbelspeditionswesen zur Boombranche werden ließe: Alleine die arbeitsteilige Konzeption unseres Wirtschaftens ließe eine solche „ideale“ Ordnung schnell wieder zusammenbrechen – oder es käme zum Rückfall in die Steinzeit.

Ein neuer Versuch, weniger anspruchsvoll:

**Auf welche Weise kann den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Nähe einerseits und Distanz andererseits bestmöglich Rechnung getragen werden?**

Hier könnte eine weise Antwort lauten:

**Es möge sich jeder den Platz suchen, der seinem Ideal am nächsten kommt, wobei gilt, dass die Freiheit des einen da enden muss, wo die gleichberechtigte Freiheit des anderen beginnt.**

Allerdings, das muss einschränkend angemerkt werden, kann diese weise Antwort nur dann zum erwünschten Erfolg führen, wenn eine gewachsene, stabile gesellschaftliche Struktur ihren Angehörigen – innerhalb ihrer Grenzen – gestattet, sich ihren Platz zu suchen, was ja immer auch bedeutet, einen angestammten Platz freizumachen, was durchaus nicht nur geografisch interpretiert werden soll.



Zuwanderung in eine solche Gesellschaft ist damit nicht zu regeln, weil Zuwanderung prinzipiell einen Verdrängungsprozess auslöst in dessen Folge alle Distanzen – nicht zuletzt auch die gewohnten Distanzen zwischen den Alteingesessenen – verkürzt werden.

Die verstärkte Reibung zwischen linken und rechten Rändern rührt letztlich daher, dass die Zuwanderung die Distanzen zwischen ihnen verkürzt hat. Beide Seiten treten verstärkt öffentlich in Erscheinung und treffen von daher auch verstärkt – ohne die vorher gewährte Distanz – aufeinander.

Dies alles sind keine neuen Erkenntnisse. Die Weltgeschichte ist voll von Präzedenzfällen, selbst in der Gegenwart lassen sich viele Beispiele dafür finden, dass sich Völker nicht so leicht vermischen lassen, wie das irgendwo am grünen Tisch beschlossen wird. Kurden sind weder im Irak, noch in Syrien, noch in der Türkei wirklich akzeptiert, noch akzeptieren sie selbst die Staaten, innerhalb deren Grenzen sie leben. Wie sieht es mit den Palästinensern aus? Welcher Hass entwickelt sich gerade zwischen Katalanen und Spaniern? Was ist mit den Rohingya in Mianmar?

Und selbst da, wo über lange Zeiträume Völker friedlich innerhalb einer Grenze unter einer Regierung in einem Rechtssystem zusammenlebten, genügt oft ein Funke, um – zum Beispiel – Jugoslawien wieder in sich feindlich gesinnte Einzelstaaten zerbrechen zu lassen.

Das führt zu einer erneuten Revision der Fragestellung.

### **Einigungsvorschlag:**

Weil „Zuwanderung“ eine Gesellschaft eben vor andere, zusätzliche Herausforderungen stellt, als jene, die das friedliche Zusammenleben der Alteingesessenen sowieso schon hervorbringt, ist die Thematik Zuwanderung zwingend in die Frage einzubeziehen. Sie sollte also so lauten:



**Wie kann Zuwanderung gestaltet werden, damit den Bedürfnissen der angestammten Bevölkerung nach Nähe einerseits und Distanz andererseits bestmöglich Rechnung getragen wird und die Zuwanderer ihren Platz in der Gesellschaft konfliktfrei finden und einnehmen können?**

Die Antwort des Weisen könnte hierauf lauten:

**Achtet auf die Affinität und kommt den gebotenen humanitären Verpflichtungen nach.**

Wo Zuwanderer und Eingesessene zueinander Nähe empfinden, weil man zu der Überzeugung gelangt, dass man sich gegenseitig etwas geben kann, dass ein symbiotischer Zustand zu beiderseitigem Nutzen entstehen kann, ist der Begriff „Integration“ mit seinen Forderungen nach Integrationswilligkeit, mit der Frage nach der Integrationsfähigkeit und nach der Mithilfe der Eingesessenen zum Gelingen der Integration gegenstandslos geworden.

Affinität, also das, was zusammenpasst, ist die Garantie für ein Zusammenleben, in welchem es – was die Probleme angeht – gegenüber dem bisherigen Zustand keine Veränderungen geben wird. Kein überproportionaler Anstieg der Kriminalität, kein überproportionales Anwachsen der Transferleistungen – nichts von alledem.

Gebotene humanitäre Verpflichtung, das bedeutet nicht mehr, als dass allen, die nachweislich wegen politischer Verfolgung, wegen Krieg und Bürgerkrieg, auch wegen Naturkatastrophen, ihre Heimat verlassen mussten, selbstverständlich so lange Hilfe und Unterstützung zu leisten ist, bis die Umstände, die sie zur Flucht bewegten, nicht mehr bestehen.

Zu dieser Hilfe gehören ein Dach über dem Kopf, Nahrung, Kleidung und medizinische Betreuung. Es gehört ebenfalls dazu, ihnen freien Zugang zur eingewohnten Gesellschaft zu gewähren, und sollte sich dabei herausstellen, dass es zwischen den Zuwanderern und den Einheimischen ein großes Maß an Affinität gibt, kann ihnen die Einbürgerung angeboten werden.





Vergleichen wir es mit dem abgebrannten Einfamilienhaus der Familie Mustermann. Selbstverständlich werden Verwandte oder Nachbarn, denen dies möglich ist, zusammenrücken und die ansonsten Obdachlosen aufnehmen, ihnen mit dem Nötigsten aushelfen, so lange, bis eine Übergangswohnung gefunden oder ein neues Haus erworben oder errichtet wurde. Dann ist die Hilfeleistung beendet. Sollte sich jedoch während dieser „Einquartierung“ herausstellen, dass zwischen dem Sohn aus dem Brandhaus und der Tochter aus dem aufnehmenden Haus eine hohe Affinität besteht, dann könnte es sein, dass eben dieser Sohn im Haus der Schwiegereltern bleibt, bis sich das Paar ein eigenes Nest baut.

## **Veränderung gegenüber dem Ist-Zustand:**

Festzuhalten ist, dass der Umgang mit der Zuwanderung in Deutschland nicht dem entsprochen hat, was der fiktive Weise empfohlen hätte.

Der Aspekt der Affinität wurde vollständig vernachlässigt, was damit zu tun hat, dass es sämtliche Bundesregierungen seit Bestehen der Republik versäumt haben, ein (daran ausgerichtetes) Einwanderungsgesetz zu erlassen.

Klassische Einwanderungsländer, wie z.B. Kanada, haben schon lange klare Regeln getroffen, mit denen die erfassbaren Kriterien für „Affinität“ die Entscheidung für oder gegen einen Zuwanderungswunsch bestimmten.

Aus den gebotenen humanitären Verpflichtungen wurde hierzulande – und dies vor allem durch die Stimmungsmache der Medien – der Hype einer durch nichts gerechtfertigten „Willkommenskultur“ erzeugt und immer wieder befeuert, der Deutschland schließlich in aller Welt als Synonym für das „gelobte Land“ erscheinen ließ. Ein unhaltbares Versprechen.

Was folgte der Willkommenskultur denn?

**Für die Allermeisten** die Eingliederung ins Prekariat der Mindestversorgten nach deutschem Sozialleistungsstandard. Für viele davon ein sozialer Abstieg,



gemessen an ihrer gesellschaftlichen Stellung im Herkunftsland. Selbst wenn es ihnen hier, unter Hartz-IV, wirtschaftlich besser geht als in ihrer Heimat, ist ihre „gefühlte“ Armut und die damit verbundene Ausgrenzung hier größer.

**Wenige** haben einen schlecht bezahlten Job als ungelernte Arbeiter gefunden, manche bleiben dennoch Aufstocker, manche gelten als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und wie viele davon noch jahrelang die für die Dienste der Schlepperbanden aufgenommenen Kredite zurückzahlen haben, weiß niemand zu sagen.

**Sehr wenige** konnten ihre mitgebrachten Kenntnisse und Fertigkeiten tatsächlich auch im gelobten Land wieder aufnehmen und gelten, dank Affinität als integriert.

Der große Rest pflegt die Distanz. Viele richten sich mehr oder minder resigniert in ghettoartigen Quartieren unter Menschen gleicher Herkunft ein und errichten dort eine Kopie ihrer heimatlichen Lebensweise.

Manche können die Diskrepanz zwischen ihren hohen Erwartungen und der Realität nicht ertragen, suchen die Schuld bei den Eingesessenen und radikalisieren sich. Wir schauen verwundert auf die Wirkung und geraten uns bei der Frage nach den Ursachen in die Haare. Weil wir immer noch, je nach Lagerzugehörigkeit, die gleichen blöden falschen Fragen stellen!

## **Was ist zu tun?**

Weder jene, die pauschal als Flüchtlinge bezeichnet werden, sind schuld an der derzeitigen Gemengelage in Deutschland, noch jene, die dies behaupten und vertreten und auch nicht jene, die sich schützend vor die Flüchtlinge stellen.

Alle miteinander erkennen wir, dass sich in Deutschland ein explosives atmosphärisches Gemisch gebildet hat. Ein solches Gemisch ist dadurch gekennzeichnet, dass brennbare Stoffe (Gase, Dämpfe oder Partikel) und Sauerstoff



(üblicherweise aus der Umgebungsluft) in einem bestimmten Verhältnis zueinander gemischt sind.

Der Sauerstoff alleine – auf Distanz zum brennbaren Stoff – neigt nicht zu Explosionen, und der brennbare Stoff, in Abwesenheit von Sauerstoff, ebenfalls nicht.

**Wenn also nach einer Schuld zu suchen ist, dann bei denen, die vorsätzlich oder fahrlässig oder auch nur in naiver Unschuld gegen alle warnenden Stimmen dieses Gemisch hergestellt haben. Und wenn daraus eine Lehre zu ziehen ist, dann die, dass wir bei der Wahl unserer Vertreter im Parlament genauer hinsehen sollten, wieviel Weisheit von ihnen in der Reaktion auf Unvorhergesehenes zu erwarten ist.**

Vordringlich gilt es jedoch, dieses Gemisch zu entschärfen. Einfach alles zusammen hinauslüften, wie es in einem Gebäude durchaus möglich ist, geht in unserem Fall nicht.

Also muss das Mischungsverhältnis so verändert werden, dass das Gemisch seine Explosionsfähigkeit verliert.

Ein Entmischen ist kaum möglich. Es gibt zwar Gaszentrifugen, mit denen nach und nach in immer neuen Durchgängen ein bisschen schweres Gas vom leichteren getrennt werden kann, doch das Verfahren ist viel zu langwierig und aufwändig, um es ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Es kommt letztlich nur infrage, von einem der beiden Gase so viel zuzuführen, dass das Gemisch wegen Übersättigung oder Untersättigung mit dem brennbaren Stoff nicht mehr zündfähig ist.

(Für Weiterdenker: Gottseidank ist das nur eine Analogie und hoffentlich ist sie falsch und die Explosionsgefahr lässt sich noch auf andere Weise bannen.)



Sollte es 2018 zu Neuwahlen kommen, was ich mir wünsche, und eine Partei zur Wahl stehen, die ein Zuwanderungsgesetz mit Affinitätskriterien vorlegen will, ohne die gebotene humanitäre Hilfe beschränken oder ausweiten zu wollen, werde ich sie wählen.

Ansonsten bekommen meine Stimme wieder die, die dem am nächsten kommen.

Alles Gute für 2018!

Egon W. Kreutzer